

Energiepolitik

Fragen an die Parteien im Landtag von Baden-Württemberg

Grundsatz: Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit des Stroms

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die Stromversorgung bislang gesichert ist. Ein Problem dabei ist aber der Netzausbau.

Wann wird Offshore-Wind-Strom nach Süddeutschland fließen können?

Wie kann der Widerstand gegen den Ausbau von Überland- oder Erdkabeln überwunden und Akzeptanz erzielt werden?

Sollen die Kosten allein wieder die Verbraucher tragen, statt dass Gewinne in Investitionen fließen?

Gibt es technische Probleme oder Forschungsdefizite (z.B. bei der Hochvolt-Gleichstrom-Übertragung)?

Zwischen Frankreich und Spanien gibt es bereits diese Übertragungstechnik, so dass Solarstrom aus den Sonnengebieten Spaniens nach Frankreich geleitet werden kann.

Von Milliarden EURO - Gewinnen der Großkonzerne war in der Presse des letzten Jahres aufgrund zurückgegangener Strompreise an der Börse zu lesen. Dem steht die gestiegene Abgabe nach dem EEG infolge des starken Ausbaus der Photovoltaik im letzten Jahr gegenüber und soll als alleiniger Grund (z.B. Stadtwerke Karlsruhe) die übermäßige Verteuerung begründen.

Seit Beginn der Preissteigerungswelle sind von Regierungsseite Aufrufe an die Verbraucher erfolgt, die Stromanbieter zu vergleichen und zu günstigeren Anbietern zu wechseln (z.B. Landeswirtschaftsminister Pfister im November 2010, Bundesumweltminister Röttgen im Januar 2011). Der Präsident der Bundesnetzagentur Matthias Kurth hat sogar die Strompreisrechnung aufgemacht und dabei die Gewinnmarge für hoch genug erklärt, die Abgabe nach dem EEG ganz oder zumindest in Teilen aufzufangen. Auch er rief die Verbraucher zum Lieferantenwechsel auf. Bestätigt wird diese Einschätzung durch das von der Fraktionsgeschäftsführung der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Auftrag gegebene Gutachten „Gerechtfertigte Strompreiserhöhungen?“ von Dipl.-Ing. Gunnar Harms.

Reichen die Marktmechanismen aus, den Strompreis auf erträglichem Niveau zu halten?

Wann kommt der freie Markt auch für Heizstrom (Niedertarif- bzw. Nachtstrom)?

Wie soll der Strom bezahlbar bleiben, wenn der Staat selbst die Abgaben ständig erhöht (zuletzt: Kernbrennstoffabgabe)?

Wie werden die durch Abgaben und Preiserhöhungen erzielten Mehreinnahmen verwendet?

Warum werden die Nachtstromnutzer unverhältnismäßig zu den EEG-Abgabekosten herangezogen, obwohl sie gar nicht in den Genuss des teuren Photovoltaikstromes kommen können?

Ist eigentlich bekannt, zu welcher Belastung die Strompreissteigerung für Nachtstromkunden als Großabnehmern führt?

Warum kommen Nachtstromkunden nicht in den Genuss des zu Zeiten des größten Bedarfs z.T. mit negativen Preisen und das noch auf Kosten der Stromkunden abgestoßenen Nachtstroms? Wer könnte da Abhilfe durch Nutzung dieses Angebots schaffen?

Wann wird die EnEV09 im Punkt Nachtspeicherheizungen revidiert, nachdem sich deren Misserfolg abzeichnet und der wachsende Einsatz regenerativer Energien den elektrischen Speicheröfen neue Perspektiven eröffnet?

Wann wird die übermäßige Förderung der teuren und relativ ineffizienten Photovoltaik durch die kostengünstigere und effektivere Windenergieförderung abgelöst?
Hier müssen Standorte genannt und für Akzeptanz geworben werden!

Soll mit dem wichtigen Ziel der Elektromobilität der Kauf von Elektro-Autos staatlich gefördert werden, die trotz noch geringer Reichweite gar noch als Stromzwischenspeicher Gewinn bringen sollen?

Wann kommt die Öffnung des Europäischen Markts für Strom?

Erst kürzlich war dies Thema auf dem Gipfel der Regierungschefs. Wir stellen mit dem früheren Ministerpräsidenten Öttinger sogar den zuständigen Kommissar, der das voranbringen könnte.

Im Nachbarland Österreich kostet der Nachtstrom die Hälfte von dem bei uns. Auch in Frankreich ist der Strom billiger und zudem fast CO₂-frei (KKWs).

Wann können wir im Oberrheingraben (Metropolregion Europas) Strom aus dem Elsass beziehen?

Die Marktöffnung in der Europäischen Union könnte bei den niedrigeren Preisen der Nachbarstaaten wesentlich zur Preiskonsolidierung beitragen. Stattdessen wurden die Anteile der EDF an der EnBW von der Regierung Baden-Württembergs zurückgekauft.

Geht damit auch die weitblickende Energieforschung am Europäischen Institut für Energieforschung (EIFER), einer gemeinsamen Einrichtung von EDF, EnBW und KIT, in Karlsruhe zu Ende?

Karlsruhe, den 15. Februar 2011

Ulrich Becksmann, Sprecher der Aktionsgemeinschaft
Nachtstromnutzer Karlsruhe